

Danziger Volksstimme

Einzelnummer 293 Wd.

Bezugspreis: Durch die Post u. Austrag. 4000 M.
In Pommerellen 8000 M. poln. Anzeigen: Die-ge-
spaltene Zeile 400 M., auswärts 600 M. Die Reklame-
zeile 1600 M., auswärts 2000 M. Arbeitsmarkt
und Wohnungsanzeigen nach besonderem Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6
Postfachkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720,
für Anzeigen, Annahme, Zeitungs-
bestellung und Druckfachen 3290.

Nr. 106

Dienstag, den 8. Mai 1923

14. Jahrg.

Weitere Verhandlungen im Ruhrkonflikt.

Die von uns gestern veröffentlichte französische Antwort auf die deutsche Note wurde in einzelnen Forderungen zwar einhellig von der deutschen Presse abgelehnt. Die Linkspresse sieht aber trotzdem den weiteren Verhandlungsweg offen. In der „Vollst.“ hebt Georg Bernbard als sachlichen Kern der französischen Antwortnote die Bereitschaft der französischen Regierung heraus, die Diskussion über die Reparationsfrage nicht abzubrechen, sondern fortzuführen. Bernbard sieht diese Bereitschaft darin, daß Poincaré zwar das deutsche Angebot zerstückelt und es für unannehmbar erklärt, diese „Unannehmbarkeit“ aber durch sehr eingehende Darlegungen begründet. Poincaré will sichtlich nicht die Affen schließen, sondern erwartet einen neuen Schriftsatz. Bernbard verteidigt die Maßnahmen der deutschen Regierung, die zur Stärkung des Abwehrkampfes im Ruhrgebiet erfolgt sind. Diese Anweisungen bedeuten keinerlei Maßnahmen gegen Frankreich, sondern lediglich Maßnahmen zur Wahrung der deutschen Souveränität, zu denen jede Regierung in Deutschland verpflichtet ist. Frankreich kann unmöglich erwarten, daß ihm von deutscher Seite noch Hilfe geleistet wird, wenn es Deutschlands Produktionsselemente vernichten will.

Etwas pessimistischer sieht der „Vorwärts“ die Lage an. Er erkennt an, daß die deutsche Note durch ihre Unklarheiten und Unvollkommenheiten Poincaré die abschließende Antwort leicht gemacht habe und kommt zu folgendem Schluß: „Zusammenfassend kann man sagen, daß die deutsche Note einen — vielleicht wenig geschickten — Versuch bedeutet, eine Lösung herbeizuführen, während die französische Antwort einen geschickten Versuch darstellt, das Problem überhaupt unlösbar zu machen. Folge davon ist, daß die notwendige Diskussion langsamer und schwerfälliger in Gang kommen wird, als es den Interessen Europas entspricht. Einweilen ist abzuwarten, in welcher Weise sich das von Poincaré mit gewollter Nichtachtung behandelte England in ihr geltend machen wird.“

Diese Stellungnahme Englands ist inzwischen erfolgt.

Das englische Kabinett hat sich gestern mit der deutschen Note beschäftigt, wobei der Außenminister Lord Curzon erklärte, daß er im Unterhaus öffentlich den Standpunkt der englischen Regierung klarlegen werde. Unmittelbar nach Schluß des Kabinettsrates gab Reuters folgende halbamtliche Information über das Ergebnis der Beratung bekannt:

Die englische Regierung wird dem Beispiel Frankreichs folgen und die deutsche Note in einer eigenen Note beantworten. Diese Note ist dazu bestimmt, klar zu legen, daß das deutsche Angebot unbefriedigend und ungenügend ist. Sie wird trotzdem nicht aus einer Ablehnung bestehen, sondern sie wird den Versuch unternehmen, mit der Note die Möglichkeit von Verhandlungen zwischen Deutschland und den Alliierten herbeizuführen.

Kommunistische Skandalzenerien im Preußenparlament.

Ausschließung aller kommunistischen Abgeordneten.

Im Preussischen Landtag kam es gestern zu höchst bedauerlichen von kommunistischer Seite vollführten Sabotagen, die schließlich zu einer Ausschließung fast aller kommunistischen Abgeordneten führten. Ueber diese, für ein demokratisches Parlament höchst verächtlichen Vorkommnisse berichtet S. I. W.:

Zu Beginn der Sitzung beantragte der kommunistische Abgeordnete Schulz-Neuföhl vorweg Beratung eines Antrages seiner Fraktion auf sofortige Aufhebung des Ausschlusses des Abgeordneten Raß, wobei es wiederum zu erregten Szenen kam. Der Antrag wurde schließlich abgelehnt. Als hierauf der Abgeordnete Steffens das Wort zur allgemeinen Besprechung des Kultursetats ergriff, erhoben die kommunistischen Abgeordneten einen ohrenbetäubenden Lärm. Kortwärende Rufe: „Die Polizei muß raus, Verbrecher, Dirnenparlament“ und gellende Pfiffe ertönten. Dazu klapperten die Kommunisten ununterbrochen mit ihren Fulddeckeln. Der kommunistische Abgeordnete Hoffmann wurde schließlich vom Präsidenten als Anführer der Skandalzenerien von der Sitzung ausgeschlossen, weigerte sich aber, den Saal zu verlassen. Unter ungeheuren Lärmzügen schloß hierauf der Präsident die Sitzung und ließ sämtliche Tribünen einschließlich der Pressetribünen räumen.

Nachdem der Vizepräsident des Landtags eine längere Sitzung abgehalten hatte, betreten die zahlreich anwesenden Kriminalbeamten den Sitzungssaal und führten den kommunistischen Abgeordneten Paul Hoffmann mit Gewalt aus dem Saal. Da sich mehrere kommunistische Abgeordnete den Beamten in die Arme warfen, wurden sie wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt ebenfalls mit Gewalt aus dem Saal geführt und einige von ihnen in einem Zimmer des Gebäudes zurückgehalten.

Die neue Sitzung wurde vom Vizepräsidenten mit der Mitteilung des Ausschlusses des kommunistischen Abgeordneten Hoffmann eröffnet und mit der Erklä-

rung, daß gegen jeden Gewalt angewendet würde, der sich Widerlichkeiten zuschulden kommen lasse. Ein kommunistischer Abgeordneter beantragte die sofortige Beratung des kommunistischen Protestantrages gegen die Anordnung des Präsidenten. Als er erneut die Polizei verbrecherischer Handlungen beschuldigte, wurde er zur Ordnung gerufen. Hierauf wurde ein Antrag auf Schluß der Aussprache unter großem Lärm der Kommunisten angenommen. Die nunmehrigen Ausführungen eines Abgeordneten zum Kultursetat wurden von den Kommunisten durch lärmende Zurufe unmöglich gemacht. Der Präsident ersuchte darauf nach entsprechender Ankündigung weitere kommunistische Abgeordnete, den Saal zu verlassen. Da die

hinausgewiesenen Abgeordneten sich weigerten, wurde die Sitzung abermals auf eine halbe Stunde unterbrochen. Ein verstärktes Polizeiaufgebot unter persönlicher Leitung des Polizeipräsidenten übernahm es, die vier Abgeordneten aus dem Saal zu schaffen, die diesmal geringeren Widerstand leisteten. Dasselbe Bild in der dritten Sitzung, die mit dem Ausschluß von weiteren drei Abgeordneten endete, wobei die Abgeordnete Frau Wolstein von den Polizeibeamten aus dem Saal getragen werden mußte. In der darauf folgenden vierten Sitzung sah sich der Vizepräsident genötigt, weitere sechs Abgeordnete auszuschließen, worauf der Rest der kommunistischen Fraktion unter Protest den Saal verließ.

Die Sozialdemokratie und Danzigs Außenpolitik.

Gestern nahm der Volkstag zu der letzten Rede des Senatspräsidenten Sahm und damit zu der Spannung zwischen Danzig und Polen Stellung. Von besonderer Bedeutung war dabei die Rede des Gen. Gehl, der als Redner der stärksten Oppositionspartei sprach, die gegen den von den Deutschnationalen beherrschten Senat in scharfer Kampfesstellung steht. Und was die Sozialdemokratie an der Außenpolitik des Senats auszuweisen hat, brachte unser Redner auch zum Ausdruck: Die geheime Diplomatie, die vom Senat noch immer bei den Verhandlungen mit Polen getrieben wird, und die eines demokratischen Volkes unwürdig. Bisher hat die Danziger Bevölkerung aus den polnischen Noten immer nur das erfahren, was der Senat mitzuteilen für wert erachtete. Selbst im Hauptausschuß des Volkstages wurde die Vorlesung polnischer Noten abgelehnt. Solche diplomatischen Methoden mögen zwar für den Senat ansehnlich bequem sein, einer objektiven Unterrichtung der Danziger Bevölkerung und einem gedeihlichen Zusammenleben der Völker diene solche diplomatische Geheimnisthramerei nicht. Und mit vollem Recht tadelt Gen. Gehl auch die nervöse Gerechtigkeit, die in der kürzlichen Staatsrede des Senators Wolmann zum Ausdruck kam und die sichtlich nicht zu einer Besserung der Beziehungen zu Polen beigetragen hat. Es ist nicht immer notwendig, daß es aus dem Wald zurückfällt, wie es hinein- schallte

Notwendig war aber auch eine öffentliche Stellung der Danziger Sozialdemokratie zu den Danzig-polnischen Differenzen deshalb geworden, weil der polnische Staatspräsident in Rathhaus kürzlich versuchte, die arbeitenden Volksklassen in Danzig als polenfreundlich im Gegensatz zu den polenfeindlichen Großkaufleuten hinzustellen. Soweit sich der polnische Staatspräsident auf das geschichtliche Gebiet begeben hat, war es ein arger Reinfall, wie ihm Gen. Gehl auf Grund der revolutionären Vorgänge von 1920 bis 1926 in Danzig nachweisen konnte. Ist es schon ein höchst unheimliches Manöver, im demokratischen Zeitalter eine Bevölkerungsschicht des gegnerischen Landes gegen die andere auszuspielen, so mag sich der polnische Staatspräsident noch von der Sozialdemokratie als der berufenen Vertreter des Danziger werktätigen Volkes geliebt sein lassen, daß sie sich weder von anti- noch von polnischen Gefühlen leiten läßt, sondern daß sie jede Politik bekämpft, die zur Verhetzung der Völker führt und imperialistischen Zwecken dient. Aus diesem Grunde war auch von besonderer Bedeutung die Erklärung des Gen. Gehl, daß eine mehr links gerichtete Danziger Regierung auch die Unabhängigkeit und Selbständigkeit Danzigs wahren würde.

Die bürgerlichen Parteien beschränkten sich in der Hauptsache auf die Abgabe kurz gefasster Erklärungen. Dabei war bemerkenswert, daß die Deutsche Partei forderte, daß berechnete Beschwerden Polens über die Ausgabe der Ein- und Ausfuhrbewilligungen und über technische Mängel im Zollwesen abgestellt werden. Dienten diese Ausführungen einer so notwendigen Verständigung mit Polen, so betätigte sich der deutschnationale Redner Schmeggmann nur als Schwarzmacher gegen Polen. Von einem Führer des für das deutsche Volk so verhängnisvoll gewordenen Abdeutschens mit seinem polternden Kraftmeiertum war auch politischer Takt nicht zu erwarten.

Der polnische Abgeordnete Dr. Paneccki indizierte mit den Ausführungen des polnischen Staatspräsidenten gegen Danzig, was für einen Danziger Staatsbürger eine bemerkenswerte Stellungnahme ist. Eine ähnliche Leistung war für diesen Danziger Volksvertreter auch der Ausspruch, daß Polen bei Verhandlungen Danzig nicht als gleichberechtigten Faktor ansehen kann. Von seinen Beschwerden gegen eine antipolnische Innenpolitik des Senats, mochten manche übertrieben sein. Andere zeigten jedoch, daß sich Danziger Behörden der polnischen Bevölkerung gegenüber in ferner kleinstädtischer Kadelitichpolitik gefallen, die auch die Sozialdemokratie häufig genug zu spüren bekommen hat. Mit dem Verbot eines polnischen Kinderzuges am 3. Mai dürfte z. B. das Deutschtum Danzigs kaum geschützt werden. Als Dr. Paneccki die Neubewertung des Gen. Gehl bestritt, daß Polen Danzig annektieren möchte, wurde er sofort von seinem Fraktionsgenossen Dr. Kubac, bestritten, der in einem Zwischenruf er-

klärte, daß für Danzig das Beste die völlige Angliederung an Polen wäre.

Von den Kommunisten nahm niemand das Wort, so daß die Aussprache in einer reichlichen Stunde erledigt war. Hatte sie auch einige deutschnationale und polnisch-nationale Dissonanzen gebracht, so war sie doch in der Hauptsache so gehalten, daß der Verständigung mit Polen von Danziger Seite keine Steine in den Weg gerollt werden. Hoffentlich zeigt sich nun auch auf polnischer Seite der notwendige Verständigungswille, so daß die politische Atmosphäre zwischen Danzig und Polen von allen drohenden Gewittern befreit wird.

Nachstehend geben wir die Ausführungen des Gen. Gehl wieder:

Es war zu erwarten, daß der Präsident des Senats auf die letzten Danzig bereisenden Reden polnischer Staatsmänner im Volkstag antworten würde. Auch meine Fraktion hat diesen Wunsch; denn das, was man in letzter Zeit von verantwortlicher polnischer Seite zu hören bekam, gab vielen Leuten in Danzig Veranlassung, um die Selbständigkeit und Unabhängigkeit Danzigs sehr besorgt zu sein. Wir Danziger können ja zur Genüge die vielen unheimlichen Auslassungen des diplomatischen Vertreters der Republik Polen, des Herrn Puzoski, in Danzig gegen die Freie Stadt. Man hoffte in Danzig allgemein, mit der Zeit zu einer Besserung der diplomatischen Beziehungen zwischen Danzig und Polen zu kommen. Diese erhoffte Besserung ist aber nicht nur nicht eingetreten, sondern das gespannte Verhältnis zwischen beiden Regierungen hat sich eher noch verschärft. Es erscheint angebracht, einmal den Ursachen nachzugehen, die hierzu geführt haben. Das dürfte allerdings nicht so leicht sein, weil sowohl die polnische wie die Danziger Regierung

eine gewisse Geheimdiplomatie

treiben, die es verhindert, daß die Öffentlichkeit genaue Kenntnis von gewissen Vorgängen und Noten erhält und sich ein eigenes Urteil darüber bilden kann. Mit der Geheimdiplomatie sollte jetzt endlich im Zeitalter der Demokratie gründlich aufgeräumt werden. Die Geheimdiplomatie der Regierungen führt nur zur Verhetzung der Völker untereinander. Den etwaigen Schaden davon trägt doch nur die minderbemittelte Bevölkerung. (Sehr richtig links.) Noten der Regierungen können nur für diese gefährlich werden, wenn der genaue Inhalt öffentlich bekannt wird, nicht aber für die Gesamtheit des Volkes; denn diese wird mit unfähigen Regierungsleuten sehr bald fertig werden. Wäre nicht so verfahren worden, hätten wir keine Geheimdiplomatie gehabt, dann wären wir Danziger heute noch beim Deutschen Reich verblieben. Und welches Unheil hätte vermieden werden können! Dann wäre nicht so viel kostbares Geld, Gut, Land und Bedrängnis von jenseits der Grenzen über das deutsche Volk und uns Danziger gekommen.

Das Verhältnis Danzigs zu Polen regeln der Versailler Vertrag, die Konvention und das Wirtschaftsabkommen vom 24. Oktober 1921 mit dem Ergänzungsabkommen vom Dezember desselben Jahres. Man sollte nur meinen, daß diese Verträge von beiden Seiten loyal ausgelegt würden und der Friede vorhanden wäre, in Frieden und Freundschaft miteinander zu leben. Das scheint durchaus nicht der Fall zu sein. Auf polnischer Seite besteht das störende Bestreben, Danzig ganz zu besitzen, bezw. immer mehr Einfluss in Danzig zu gewinnen. (Lachen bei den Polen.) Jawohl, Herr Dr. Paneccki, das kann nicht bestritten werden. Für die Nichtigkeit meiner Behauptung gibt es eine große Anzahl Beweise, z. B. die letzte Rede des Herrn Kollegen Kubac in diesem Hause, der ganz offen die Angliederung Danzigs und Dirschens an Polen forderte. (Abg. Kubac: Das einzig richtige für Danzig!) Es ist gut, daß Sie das jetzt wieder bestritten. (Abg. Kubac: Im Interesse von Danzig.) Darüber will ich jetzt augenblicklich mit Ihnen nicht rechten. Am 10. April sprach der polnische Ministerpräsident Sikorski in Polen über Danzig vor einer Anzahl von Pressevertretern. Er sprach über das Verhältnis Danzigs zu Polen und meinte, daß dieses Verhältnis unbedingt geändert werden müsse, und zwar sollte es die Änderung dieses Verhältnisses so vor, wie es die Interessen Polens erfordern. Diese Redewendungen, wenn sie auch nicht wörtlich so, aber dem Sinne nach gefallen sind, beweisen doch eine sehr große Einseitigkeit auf Seiten Polens in Bezug auf das Verhältnis zwischen Polen und Danzig. Wie der Herr Ministerpräsident Sikorski das Verhältnis zwischen Danzig und Polen sich denkt, geht aus einem anderen Satz hervor, worin die Rede davon ist, daß Danzig bebenken solle, daß es „nur eine Freie Stadt“ sei.

Wenn Gelegenheitsreden von Ministern vor einem privaten Gremium gehalten werden, so nimmt man gewöhnlich an, daß diese Reden nicht, sehr schwer zu beurteilen sein sollen. Aber wenn seine Worte einen ernsten Sinn haben sollen, so kann ich aus dieser Äußerung Sikorski nur die Absicht herleiten, das Verhältnis Danzig-Polen ähnlich zu gestalten, wie etwa das Verhältnis Rum-

Der Volkstag zu den polnischen Drohungen.

In der gestrigen eigens dazu einberufenen Sitzung des Volkstages nahmen die Parteien zu den Danzig-polnischen Beziehungen und zu der Erklärung des Senatspräsidenten Sahn Stellung. Der Redner der

Deutschnationalen Fraktion

war der Abg. Schwegmann, der einleitend betonte, daß seine Fraktion die Rede des Senatspräsidenten billige. Die Bevölkerung verlange, daß auch der Volkstag Stellung nehme zu der maßlosen Kampfanlage gegen Danzig durch den polnischen Staatspräsidenten anlässlich seines Besuches in Karthaus. Die in der Rede gegebene Begründung der Kampfanlage sei erstaunlich, aber ähnliche Drohreden seien in letzter Zeit mehrfach von polnischer Seite gehalten worden. Danzig habe die abgeschlossenen Verträge loyal erfüllt, Polen jedoch nicht. Wenn die Ursache der Spannung zwischen Danzig und Polen auf wirtschaftlichem Gebiete läge, sei un schwer eine Einigung zu finden, da ja beide Staaten im großen und ganzen die gleichen wirtschaftlichen Interessen hätten. In Wahrheit sei aber die Ursache der polnischen Mißstimmung auf politischem Gebiet zu suchen. Polen gehe darauf hinaus, die Danzig verbrieften Rechte zu beschränken oder zu beseitigen. Sein Bestreben gehe dahin, die Selbstständigkeit des Freistaates zu beeinträchtigen. Es sei nicht der Danziger Regierung, sich dagegen zu wehren, und man müsse verlangen, daß sie diese Abwehr selbst entschlossen durchführe. Die deutschnationalen Fraktion sei damit einverstanden, daß mit Polen verhandelt und eine Einigung angestrebt werde. Es müsse dabei strengstens darauf geachtet werden, daß die Danzig durch Verträge gewährleisteten Rechte nicht angetastet würden. Durch polnische Drohungen solle die Regierung sich nicht einschüchtern lassen. Das natürliche Recht Polens auf Danzig, von dem der polnische Staatspräsident gesprochen habe, sei ein verschwommener Begriff. Danzig wolle keinen Kampf mit Polen, auch nicht einen wirtschaftlichen Kampf. Wenn Danzig gegen Polen Front gemacht habe, sei es stets in der Abwehr gewesen. Polen sei stets der angreifende Teil gewesen. Die Behauptung, daß Polen stets Wohlwollen für Danzig gezeigt habe, sei unzutreffend. Danzig habe von einem polnischen Wohlwollen nichts gespürt. Im Gegenteil, die meisten polnischen Maßnahmen führten zu einer Beschränkung und Verkümmern der Danziger kulturellen und wirtschaftlichen Bedürfnisse. Danzig habe demgegenüber Polen in hohem Maße entgegenkommen gezeigt und sich zu Zugeständnissen bereit erklärt, z. B. in der Frage des Post- und Zollwesens, zu denen es auf Grund der Verträge nicht verpflichtet war. An der jetzigen Spannung der gegenseitigen Beziehungen trage Polen die Schuld. Es werde in erster Linie an Polen liegen, wenn sich die Beziehungen bessern sollten.

Die Vereinigte Sozialdemokratische Fraktion

hatte den Abg. Gen. Gehl zum Redner bestimmt, der mit seinen Ausführungen das lebhafteste Interesse des Hauses erweckte und wiederholt starke Zustimmung fand, als er den Machtansprüchen Polens auf Danzig entschieden entgegen trat. Seine Rede, die wir an anderer Stelle ausführlich wiedergeben, schloß mit dem Wunsche, daß durch beiderseitigem guten Willen ein friedliches gut nachbarschaftliches Verhältnis erzielt werde.

Die deutsche Partei für Fortschritt und Wirtschaft

ließ durch den Abg. Dr. Eppich erklären, daß sie von den Ausführungen des Senatspräsidenten durchaus befriedigt sei. Jeder unbefangene Beurteiler erkenne sofort, daß die Tendenz und der Sinngehalt der Rede dahin gehen, dem Standpunkt des Rechts und der Berechtigung klar und eindringlich Geltung zu verschaffen. Hierin liege der bemerkenswerte Unterschied gegen die Worte des polnischen Staatspräsidenten, die unabweislich den Machtanspruch zum Ausdruck brachten. Es werde im Tone der Verärgerung aber die angelegliche Unbotmäßigkeit eines machtlosen Kleinstaates mit rücksichtsloser Anwendung wirtschaftlicher Machtmittel gedroht. Dem gegenüber müsse erklärt werden, daß die freie Stadt der Republik Polen völkerrechtlich gleichgestellt sei und auf die Beobachtung entsprechender Verkehrsregeln Anspruch habe. Sollte die Verärgerung der polnischen Regierung darin berechtigte Gründe haben, daß Danziger Bürger sich hinsichtlich der Ein- und Ausfuhrbestimmungen Verstöße oder Hintergehungen haben zuzuschulden kommen lassen, oder daß die technische Handhabung des Zolldienstes nicht immer den berechtigten Interessen Polens entspricht, so sehe es die Deutsche Partei als selbstverständlich voraus, daß der Senat Mittel und Wege suche, den Unbehagen abzuheben. Aus diesen Anlässen dürfe aber nicht der Versuch gemacht werden, die vertraglich verbrieften Rechte der freien Stadt anzugreifen oder zu verkürzen. Wirtschaftliche oder technische Fragen müßten unabhängig von den politischen behandelt werden. Mit Rücksicht auf die bevorstehende Verhandlung in Warschau versichte die Deutsche Partei darauf, weiter auf die sachlichen Streitpunkte einzugehen. Sie behalte sich aber vor, zu dem Ergebnis der Verhandlungen Stellung zu nehmen und dann die Danzig-polnischen Beziehungen ausführlich zu behandeln.

Das Zentrum

brachte keinen Standpunkt durch den Abg. Kurowski zum Ausdruck. Die Rede des polnischen Staatspräsidenten sei der Schluß einer Kette von drohenden Versicherungen, die in letzter Zeit wiederholt von maßgebenden polnischen Persönlichkeiten gegen Danzig gerichtet worden seien. Die Rede des polnischen Staatspräsidenten sei deshalb von besonderer Bedeutung, weil sie von dem Oberhaupt eines Staates gehalten worden sei, der dem kleinen Staat Danzig nach außen hin Schutz gewähren solle. Die Ursachen der Drohrede lagen nicht auf dem Gebiete der Ein- und Ausfuhr und der Zollhandhabung, sondern sie seien vielmehr in der Nichtbeachtung der imperialistischen Ziele Polens auf Danzig zu suchen. Polen habe damit gerechnet, daß der Friedensvertrag Danzig dem polnischen Reich einverleibe. Dieses polnische Verlangen sei nicht erfüllt worden, aber daß der Wunsch bei den Polen noch immer bestehe, sei in letzter Zeit mehrfach zum Ausdruck gebracht worden, sogar von einem Abgeordneten des Danziger Volkstages. Polen dürfe aber niemals verkennen, daß Danzig eine Stadt mit rein deutschem Charakter sei, was auch von den Alliierten anerkannt worden sei. Wenn Polen erkläre, die Weichselmündung müsse im Interesse der polnischen Wirtschaft polnisch werden, so müsse auf den Rhein hingewiesen werden, dessen Mündung holländisch und belgisch

sei, trotzdem hätten Antwerpen und Rotterdam eine ganz gewaltige Entwicklung genommen. Ein Zusammenarbeiten sei auch in Danzig möglich, wenn der Chauvinismus ausgeschaltet werde. Die scharfen Vorwürfe, die jetzt von polnischer Seite gegen die Selbstständigkeit Danzigs unternommen würden, könnten von keinem Volk, das auf Selbstachtung halte, ruhig hingenommen werden. In diesem Abwehrkampf gebe es innerhalb der Danziger Bevölkerung keine Gegenläufe. Ein weiterer Druck Polens könne leicht zu einer Ueberbrückung der wirtschaftlichen Gegenläufe innerhalb der Freistaatsbevölkerung führen. Die Zentrumsfraktion würde es begrüßen, wenn ein Weg zur Verständigung gefunden werde, von Polen müsse aber verlangt werden, daß es die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit Danzigs achte.

Die polnische Fraktion

schickte den Abg. Dr. Pannekei vor. Er erklärte unter lebhaften Hör-Rufen und großer Bewegung, daß die polnische Fraktion und die polnische Bevölkerung des Freistaates mit der Rede des polnischen Staatspräsidenten in Karthaus voll und ganz einverstanden sei. Die polnische Bevölkerung verleihe die Geduld. Bei Begründung des Freistaates hätten die Polen die Hand zur Verhöhnung geboten und geglaubt, einen Sitz im Senat zu erhalten. Danzig habe sich aber stets als polenfeindlich gezeigt, ganz besonders als Polen im Kampf mit Rußland stand. Die Neutralitäts-Erklärung Danzigs sei ein höchst feindseliger Akt gegen Polen gewesen. Diese polenfeindliche Politik sei bis auf den heutigen Tag fortgesetzt worden, wodurch die Bevölkerung Pommereleens immermehr in Erregung gerate (Heiterkeit). Die Danziger Bevölkerung werde für die Sünden des Senats bitter büßen müssen. Bei Ausführung der Verträge handele Danzig nicht loyal, daß Danzig bei Abschluß von Handelsverträgen gleichberechtigt sei, könne Polen nicht anerkennen. Der Senat solle zu den Verhandlungen nach Warschau andere Vertreter schicken (Zuruf: Dr. Kubacz!). Präsident Sahn habe in seiner Erklärung behauptet, daß Polen durch den Versailler Vertrag geschaffen worden sei. Das sei unrichtig, Polen sei durch den Willen seines eigenen Volkes entstanden. Danzig dürfe nicht vergessen, daß Polen einer der Staaten sei, die den Freistaat ins Leben gerufen hätten. (Stürmische Heiterkeit im ganzen Hause.) Die anti-polnische Politik des Senats sei ein triviales Spiel mit der Existenz des Freistaates. Es sei ein gutes Recht des polnischen Staatspräsidenten gewesen, einen Warnruf ergehen zu lassen. Die Polnische Fraktion schließt sich dem an. (Hört hört!)

Da Kommunisten auf eine Stellungnahme verzichteten, war die Rednerliste erschöpft. Der Präsident vertagte das Haus auf Mittwoch nachmittag 3 Uhr.

Zurückhaltung von Markenbrot.

Bei den Erhöhungen des Preises für Markenbrot mußte mehrfach die Beobachtung gemacht werden, daß ein Teil der Bäckermeister krummlos genau war, das am Tage vor Eintritt der Preiserhöhung gebakene Markenbrot bis zum nächsten Tage zurück zu halten um es dann zum höheren Preise zu verkaufen. Dazu gehörte Ende des alten Jahres auch eine Bäckerfrau Martha Krause aus Danzig, welche deshalb vom Schöffengericht zu einer Geldstrafe von 100 000 Mark wegen Verkaufsverweigerung verurteilt wurde. Gegen dieses Urteil hatte sowohl die Berufliche Berufung eingelegt, da ihr die Strafe zu hoch erschien, wie auch die Amtsanwaltschaft die ihrerseits die festgesetzte Strafe nicht als ausreichende Sühne für ein solches, die Allgemeinheit schwer schädigendes Vergehen ansah. Die Berufungskammer stellte sich auf den Standpunkt, daß das Publikum vor einem Treiben wie es die Angeklagte befehle habe, in weite Hemden zu werfen müsse. Die Angeklagte hatte 120 Brote vom Verkauf zurückgehalten. Das kaufende Publikum hatte jedoch von der Sache Wind bekommen, es war ein Revisionsschreiber herbeigeholt worden, der bei einer Durchsuchung des Ladens das Vorhandensein der Ware feststellte. Die Angeklagte verweigerte, ihr Verhalten mit einigen leeren Ausflüchten zu rechtfertigen. Das Gericht sah als erwiesen an, daß die Kr. durch die Zurückhaltung des Brotes versucht habe, sich einen unrechtmäßigen Gewinn zu verschaffen, außerdem sei die Verkaufsverweigerung nachgewiesen. Die vom Schöffengericht verhängte Strafe wurde als zu gering erklärt. Aus diesem Grunde wurde die von der Angeklagten eingelegte Berufung verworfen und die Kr. unter Aufhebung des Urteils in erster Instanz insgesamt zu einer Geldstrafe von 300 000 Mark verurteilt.

Für eine Danziger Messe.

Der Reichsverband der Bureaualmaschinenbändler hat nachstehende Entschließung einstimmig angenommen: Die Ortsgruppe freie Stadt Danzig des Reichsverbandes Deutscher Bureaualmaschinenbändler richtet hierdurch an den Reichsausschuß der Handelskammer und an die Danziger Messe G. m. b. H. die dringende Bitte unter allen Umständen darauf hinzuwirken, daß im Frühjahr 1924 eine Danziger Messe stattfindet. Wie verlorene und von betriebligen jährlich zweimal wiederkehrenden Messe-Veranstaltungen eine ganz bedeutende Förderung des allgemeinen Danziger Wirtschaftslebens und ferner der Ansicht, daß eine Danziger Messe auch unserem Berufsstande große Dienste leisten wird. Aus diesen Erwägungen heraus sind wir auch gern bereit, erforderlichenfalls finanzielle Opfer auf uns zu nehmen durch Zeichnung einer Garantie summe. An der Danziger Frühjahrsmesse 1924 werden sich unsere Mitglieder voranzusetzen, sich vollständig als Aussteller beteiligen.

Warnung vor Ostpreußen nach Rhein und Ruhr. Man sollte es nicht für möglich halten, daß es noch Arbeiter gibt, die sich in der jetzigen Situation mit dem Gedanken trauen, nach dem Ruhrgebiet zu reisen, um dort Arbeit zu suchen. Bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge ist der dortige Arbeitsmarkt gar nicht in der Lage, diese Arbeiter anzunehmen. Auch haben sie wegen ihrer erst letzten erfolgter Einreise kein Recht, dort Unterbringungen zu erhalten und leben dann mittellos da, wodurch natürlich die Gefahr entsteht, daß sie sich den Frontrufen zur Arbeit anwerben lassen. Diesen Gründen ist jealischer Mangel von Arbeitern im Rhein- und Ruhrgebiet keine fernzuhalten.

Der Altershilfe sind von der „Christlichen Allianz“ als Ergebnis der aufständigen der Vermögensverwaltung am Sonntag auf dem Pommernmarkt veräußerten Summen rund 25 000 Mark überwiesen worden.

Die Strafanträge im Krupp-Prozess.

Während der Drucklegung der vorliegenden Ausgabe ging uns folgende Meldung zu:

Werden, 8. Mai. W.E.D. Im Krupp-Prozess beantragte der Staatsanwalt, Krupp und seine Direktoren eines Komplotts gegen die Sicherheit der Besatzungstruppen schuldig zu sprechen. Er beantragte gegen Krupp von Bodelschwingh 15 Jahre Gefängnis und 50 Millionen Mark Geldstrafe, gegen die Direktoren Bruha, Sartwig, Deffert, Bauer, Schäfer, Kunz und Schöffler je 10 Jahre Gefängnis und 10 Millionen Mark Geldstrafe, gegen den nicht erschienenen Direktor Groß 20 Jahre Gefängnis. Die Bemessung der Strafe gegen den Betriebsrat Müller überließ der Staatsanwalt dem Gerichtshof.

Die Amisemehrung des Gen. Neer. Nachdem die Wahl des Gen. Neer zum Bürgermeister von Neuteich vom Senat bestätigt ist, dürfte seine Einführung in das neue Amt in Kürze in einer Sitzung der dortigen Stadtverordnetenversammlung erfolgen.

Die Steuerermäßigung für Kriegsbeschädigte hat im Reich eine Neuregelung erfahren, deren Einführung im Freistaat empfehlenswert sein dürfte. Vom Reichsfinanzministerium ist jetzt im Benehmen mit dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten angeordnet worden, daß Kriegsbeschädigten mit einer Minderung der Erwerbsschuld von mindestens 30 Prozent auf Antrag stets so viel Prozent besondere Werbungskosten zugewiesen werden, als sie nach ihrem Neutenscheid erwerbsbeschränkt sind. Diese allgemeine Regelung soll jedoch eine weitergehende Berücksichtigung in einzelnen Fällen, z. B. bei Kriegslinden, nicht ausschließen. Dagegen soll bei Kriegsbeschädigten, die weniger als 30 v. S. erwerbsbeschränkt sind, eine Erhöhung des gesellschaftlichen Werbungskostenausmaßes nur zugelassen werden, wenn besondere Gründe hierfür vorliegen. Die Regelung gilt auch für sonstige Militärrentner und Invaliden. Es werden also auch die Unfallverletzten entsprechend berücksichtigt werden. Erwerbstätige Kriegserwitwen, denen durch Mehranwendungen im Haushalt besondere Werbungskosten entstehen, sollen nach Prüfung des Einzelfalles ebenfalls berücksichtigt werden. Diese Regelung gilt nicht nur für den Steuerertrag vom Arbeitslohn, sondern auch für die Personen, die nicht dem Lohnsteuergezet unterliegen.

Offenerliche Ferienreisen nach Danzig werden von der Staatsbürgerlichen Arbeitsgemeinschaft in Königsberg organisiert. Durch Entgegenkommen der Brederei ist der Fahrpreis für die Dampfbootfahrt von Königsberg nach Danzig, bei der außerdem das teure polnische Bismarck in Fortfall kommt, um 50 Prozent ermäßigt, vorausgesetzt, daß jeweils 30 Personen gemeinsam die Hin- und Rückreise durchfahren. In Danzig selbst ist billiges Quartier in den Jugendherbergen - etwa 100 Mark pro Nacht und Person - sichergestellt, desgleichen billige Verpflegung durch verschiedene Wohlfahrtsvereinigungen. Zur Teilnahme an diesen Reisen werden alle Vereine und Organisationen aufgefordert, insbesondere die Jugendvereine.

Gebührenermäßigung im Paketverkehr mit dem Auslande. Der Gegenwert des Goldmarken bei der Gebührenerhebung im Auslands-Paketverkehr ist mit Wirkung vom 7. Mai auf 800 Mark festgesetzt worden. Dieses Kurierungsverhältnis ist auch für die Wertangabe auf Paketen und Briefen sowie auf Kästchen mit Wertangabe nach dem Auslande maßgebend. Nähere Auskunft erteilen die Postanstalten.

Die freie religiöse Gemeinde hält ihre Erbauungsarbeiten nicht mehr in der Seilerischen Schule, sondern in der Oberrealschule zu St. Peter und Paul, Hansplatz 6, und zwar jeden zweiten Sonntag, 10 Uhr vormittags, ab. Am Sonntagstage wird das Fest der Trübsal (Einsegnung) dort gefeiert. Zu den Veranstaltungen hat jedermann freien Zutritt.

Als gestohlen anzuhalten sind: 1 Telefon-Zeitapparat, Modell Groß u. Graf; 1 Damen-Bandtasche, enthaltend: 1 Porzette mit Kette, 1 kleines Portemonnaie mit 45 Pfennig, 1 Taschenspiegel, 1 kleine Puderdose und 1 Notizkarte mit Bleistift. Interessenten können sich im Polizeipräsidium, Zimmer 20, melden.

Ein beachtender Bergleib. Die Londoner „Westminster Gazette“ bringt eine Zusammenfassung über die Kaufkraft des Lohnes eines männlichen Angehörigen in Deutschland und in England. Die Preise sind berechnet auf der Basis der Vorkriegsstände von Ende Januar, also durch die neue Feuerung des letzten Vierteljahrs weit überholt. Es arbeitet um 1 Pfund Margarine zu bekommen, ein deutscher Angehöriger 5 Stunden (ein englischer Angehöriger 20 Minuten), 1 Ei 30 Minuten (10 Minuten), 1 Pfund Fettwurst 1 Stunde (20 Minuten), 1 Pfund rationiertes Brot eine Stunde und 30 Minuten (15 Minuten), 1 Pfund Rindfleisch 4,30 Stunden (1,15 Stunden), 1 Anzug 7 Wochen (1,5 Wochen), 1 Paar Schuhe 5 Wochen (2 Tage), 1 Stück Seife 45 Minuten (12 Minuten).

Devisenkurse.

(Wochensicht am 12 Uhr mittags.)

	8. Mai	7. Mai
1 Dollar	36 750.—	37 500.—
1 polnische Mark	0,77	0,78
1 Pfund Sterling	169 000.—	175 000.—
1 holländischer Gulden	14 190.—	14 700.—
1 norwegische Krone	6 250.—	6 400.—
1 dänische Krone	5 580.—	6 900.—
1 schwedische Krone	9 800.—	9 850.—
1 Schweizer Frank	6 630.—	6 700.—

Amstliche Kurserhöhungen vom 7. Mai 1924.
Dollar: Geld 87 156,87, Brief 87 218,13; polnische Mark: Geld 76,32, Brief 76,32; englisches Pfund: Geld 170 572,50, Brief 171 427,50.

Danziger Nachrichten.

Die nächste Sitzung des Volkstages findet am Mittwoch, den 9. Mai nachmittags 3 1/2 Uhr statt. Auf der Tagesordnung stehen: Die Verabschiedung des Strafmaßes für den Verstoß gegen die Verordnungen des Reichsenergiegesetzes, Abänderung der Gesetze über Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, Abänderung des Feld- und Forstpolizeigesetzes, Abstimmung über den deutschnationalen Antrag betr. Aufhebung der Zwangsverwaltung für landwirtschaftliche Erzeugnisse, insbesondere Brotgetreide, Große Anfrage der Rep. Soz. Fraktion betr. Verhinderung einer Viehversteigerung in Neuteich, Große Anfrage betr. Einstellung von Diszussionen im Kreise Danziger Öbbe.

Der Vertreter des polnischen Generalkonsulats in Danzig ist von der polnischen Regierung Kasimir M. Czerwinski ernannt worden und hat diesen am 1. Mai d. J. seine Tätigkeit übernommen.

Städtischer Reisverkauf. Wie der Senat in der heutigen Nummer unserer Zeitung bekannt hat, findet am Mittwoch, den 9. d. Mts. im Ernährungsamt, Nebenkammer 1, Obergeschoss, Zimmer 14, ein Verkauf von Reis guter Qualität zum Preise von 1000 Mark für das Pfund statt.

Zusammenkunft der gewerkschaftlichen Jugendabteilungen. Die Jugendabteilung des Polizeibeamtetenverbandes hatte am abendlichen Vertreter der Jugendabteilungen der übrigen freien Gewerkschaften und der sozialistischen Jugendorganisationen eingeladen, um mit ihnen den Gedanken eines Zusammenschlusses sämtlicher Danziger Verbände innerhalb der jugendlichen Arbeiterschaft zu besprechen. Wesentlich wurde der Plan und das Ziel mitgeteilt und ein Aufruf an die Mitglieder von fünf Mitgliedern zur Annahme des Arbeitsplanes und der Statuten erwählt. Es ist zunächst an die Bildung eines gewerkschaftlichen Jugendrates gedacht, dem sich eine Arbeitsgemeinschaft mit den übrigen sozialistischen Jugendorganisationen anschließen soll.

Ein Opfer seiner Tollkühnheit ist der 43-jährige Schneider Oskar Weimann, Tagelöhnerstraße 7, geworden. Er war am Sonnabend abend mit seinen Brüdern in seiner Wohnung in lustiger Stimmung zusammen. Dabei kam er plötzlich auf den waghalsigen Plan, aus einem Zimmerfenster von außen in das andere zu steigen. Er führte dies unglückselige Vorhaben auch trotz der Warnungen aus. Dabei erlitt er aufsteigend einen Schwindelanfall und stürzte von der zwei Stock hoch gelegenen Wohnung auf die Straße, wobei er eine schwere Verletzung des Rückgrates und aufsteigend auch einen Schädelbruch erlitt. Auf dem Transport nach dem Krankenhaus verstarb der Verunglückte.

Gefasste Ladendiebsteher. Bei einem Einbruch in ein Uhren- und Goldwarengeschäft in der Breitgasse war den Dieben reichlich Beute in die Hände gefallen. Fünfzig Taschenuhren, mehrere Duzend Uhrketten, ein Duzend goldene Ringe, Anhänger und verschiedene andere Kostbarkeiten hatten sie eingestohlen, so daß der Laden seiner wertvollsten Dinge fast vollständig entblößt war. Als die Diebsteher sich entfernen wollten, wurden sie gesehen und durch schnell herbeigerufene Beamte der Schutzpolizei verfolgt. Es gelang, einen der Diebsteher, den schon oft wegen Eigentumsvergehens vorbestraften Hermann

Klein festzunehmen. Später konnte noch ein gewisser Oskar Uhlisch als Täter festgenommen werden. Ein dritter Mann, der an der Sache beteiligt war, entkam unerkannt. Die in Haft befindlichen K. und U. hatten sich jetzt vor Gericht zu verantworten. Unter Berücksichtigung seiner schweren Vorstrafen wurde K. zu 3 Jahren Zuchthaus, Ehrverlust auf die Dauer von 5 Jahren und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. U. war noch unbestraft und kam deshalb mit einem Jahr Gefängnis davon.

Die Vorkontrolle sämiger Fortbildungsschüler soll, wie mitgeteilt wird, jetzt wesentlich schärfer als bisher abgehandelt werden. Die Schulleistung führt über die wachsende Unregelmäßigkeit des Schulbesuchs große Mäße. Die Strafen für Schulverhinderung sind erhöht und betragen für eine vierwöchige Schulverhinderung für den Schüler bis 10.000 Mark und für den Arbeitgeber bis 20.000 Mark. Um die Einziehung und Wirkung der Strafen zu beschleunigen, sollen in Zukunft keine Verhinderungsanzeigen mehr ausgeschrieben werden, sondern es wird sofort ein Strafantrag von dem betreffenden Lehrer gestellt. An Stelle der Geldstrafe soll in Falle der Zahlungsunfähigkeit eine Haftstrafe von ein bis zwei Tagen eintreten. Die Strafen allein dürften den regelmäßigen Schulbesuch kaum anziehender gestalten. Erfolgreicher dürfte es sein, wenn man den Schulbetrieb gründlich reformiert und möglichst praktisch gestaltet. Die vielfach noch gebräuchliche, trockene Lehrmethode läßt in der Jugend nicht die Anteilnahme aus, die notwendig ist, um fördernd auf den Schulbesuch zu wirken. Man sollte daher in dieser Richtung gründlich ans Werk gehen und sich überzeugen, daß die Erträge erheblich günstiger sein werden als mit den jetzigen Strafmethoden. Durch diese spannt man sämtliche Schüler doch nur milderwillig und ziemlich erfolglos in den Schulbetrieb ein, anstatt sie durch geschickte Anwendung des Lehrstoffes an die jugendlichen Triebkräfte zu lebendig aufzumachen, freiwilligen Fleißern der Schule zu machen.

Friedrichs Rex spukt wieder in den U. T. Vorbildern herum. Wir haben diesen Film anlässlich seiner vorläufigen Vorführung an gleicher Stelle ausführlich besprochen. Wieder klaffen einige Spiechbürger und Sanktenszünftlinge weifall, während das hiesige Sanktenszünftigen noch findet, daß der Film eine Schandung der Hohenzollern bedeutet, da er auch bemerkenswerte tyrannische Schandtaten Friedrichs Wilhelm I. bringt. Und die Hohenzollern waren alle Heilige, wenigstens nach Ansicht unserer Deutschmonarchisten. Deshalb sehen sie diesen Film mit einem heiferen und einem nassen Auge.

Polizeibericht vom 8. Mai. Festgenommen 13 Personen, darunter 1 wegen Diebstahls, 1 wegen Unterschlagung, 2 wegen Schleichversteigerung, 1 wegen Bankrottverstoßes und Sachbeschädigung, 1 wegen Raubüberfalls, 1 wegen Heberei, 1 zur Festnahme aufgegeben, 5 in Polizeihalt.

Konkurrenzkampf in der deutschen Margarine-Industrie. Die Verteilung der Margarineverteilung, die auf Grund einer Verteilung zwischen den zu den großen ausländischen Margarinekonzernen gehörigen Fabriken und den übrigen deutschen Margarinefabriken (Deutscher Margarineverband) von einer Preiskommission dieses Verbandes bestimmt

wohlgemüht erfolgt, ist seit einiger Zeit einsehbar worden. Die Preisverhältnisse unterbleiben mit Rücksicht auf den Wettbewerb, der den Verbandsfabriken durch eine Reihe neugegründeter Margarinefabriken entstanden ist. Bei diesem Konkurrenzkampf in der deutschen Margarineindustrie stehen sich nicht mehr, wie das früher der Fall war, die rein deutschen Fabriken und die von den großen ausländischen Margarinekonzernen kontrollierten Werke gegenüber, sondern die zu dieser ausländischen Gruppe gehörenden Werke zusammen mit den übrigen rein deutschen Fabriken, gegen die in der jüngsten Zeit neu entstandenen Margarinefabriken, deren Zahl nicht unbeträchtlich ist und durch geplante oder bereits in der Ausführung begriffene Neuanbauten noch weiter vermehrt wird. Günstig wird dieser Konkurrenzkampf auf die Preisbildung einen wohlthuenden Einfluß haben.

Standesamt vom 8. Mai 1923.

Todesfälle. Expedient Martin Kruse, 40 J., 2 M. — Waidhewerker Edwin Kade, 36 J., 5 Mon. — Unverehelichte Emma Witt, 40 J., 5 Mon. — Witwe Marie Kilm geb. Simon, 67 J., 3 Mon. — E. d. Arb. Leopold Killa, totgeb. — E. d. Arb. Hermann Gänge, 8 Mon. — Gallekseele Adolf Prellschneider, 64 J., 10 Mon. — Kellner Viktor Helm, 30 J., 10 Mon. — Arbeiterin Frieda Sommerfeld, 27 J., 6 Mon. — Witwe Luise Wallat geb. Kronfelder, 71 J., 7 Mon. — E. d. Aufschneider Richard Krüger, 2 J. — Oberpostsekretär a. D. Johann Bremka 60 J., 1 Mon. — Invalide Peter Karpschewski, 82 J. — Frau Florentine Brend geb. Kowitz, 76 J., 6 Mon. — Witwe Albertine Precht geb. Schiedemann, fast 80 J. — E. d. Maurers Hans Zier, 10 Mon. — Witwe Auguste Kshelm geb. Krich 79 J., 3 Mon. — Uebel. I. S. I. T.

Verantwortlich für Politik Ernst Hooft. Die Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Friedrich Becker. Die Interate Anton Hooft, Kämlich in Danzig. Druck und Verlag von J. Gehl & Co., Danzig.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Auf Grund des § 6 der Verordnung betreffend die vorläufige Regelung des Luftfahrtrechts vom 7. Dezember 1918 — Reichs-Gesetzblatt Seite 1407 — gebe ich hiermit bekannt, daß aus verkehrs- und sicherheitspolizeilichen Gründen mit dem heutigen Tage der Flugbetrieb auf dem bisherigen Flugplatz auf dem früheren großen Exerzierplatz in Langfuhr eingestellt und nach dem nordwestlich davon neu angelegten Flugplatz zwischen dem früheren Traindepot und dem Schießständen verlegt worden ist. Das Betreten des neuen Flugplatzgeländes wird hiermit untersagt.

Danzig, den 8. Mai 1923.

Der Polizeipräsident.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Städtischer Reisverkauf.

Von Mittwoch, den 9. d. Mts. ab findet im Ernährungsamt, Kaserne Wieden, Eingang Doggenpühl, 1. Obergeschoss, Zimmer 14, ein Verkauf von Reis guter Qualität zum Preise von Mk. 1000.— für das Pfund statt.

Danzig, den 7. Mai 1923. (960) Der Senat. Ernährungsamt.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper. Heute, Dienstag, den 8. Mai, abends 6 1/2 Uhr: Dauerkarten B 1. Opernpreise.

Der Ring des Nibelungen

Ein Bühnenfestspiel von Richard Wagner. 1. Tag.

Die Walküre

Handlung in 3 Aufzügen. In Szene gesetzt von Oberspielleiter Julius Friese. Musikalische Leitung: Otto Selberg. Inspektion: Otto Friedrich.

Personen wie bekannt. Ende nach 10 Uhr.

Mittwoch, den 9. Mai, abends 7 Uhr. Dauerkarten C 1. „Die Fledermaus“. Operette. Sonntag, den 13. Mai, vormittags 11 Uhr Veranstaltung des Ostdeutschen Kulturverbandes Uraufführung: „Das Geld unter die Leute“. Schauspiel in 5 Akten von Richard Hülsenbeck.

Gedania-Theater

Schüsseldamm 53/55 9603

Achtung! Heute! 3 Schlager!

1. Der große amerikan. Wildwest-Sensationsfilm!

Feuerkreis von Kalifornien

5 Episoden. 30 Akte.

IV. Episode: „Das Haus des Schreckens“ 6 große, spannende u. äußerst sensationelle Akte

2. „Die tolle Prinzess“

Ein lustiges Märchen in 6 großen Akten.

3. „Der dicke Bill im Lunapark“

Original Goldwyn-Komödie in 2 Akten.

Beginn der letzten Vorstellung 9 Uhr.

Wilhelm-Theater

Allabendlich 7 1/2 Uhr:

Das Programm der großen Varieté-Attraktionen

Ein Schlager nach dem anderen

Hans-Graf-Trio vom Wintergarten Berlin

Hanc Wiley

Meisterjongleure vom Skattheater, Berlin

Vier Eifen

ein reizendes Ballett v. Münzpalast Königsbg.

Zwei Planks

phänomen. Rollschuhläufer v. Liebig Breslau

Apellos Hundetheater vom Skattheater Berlin

Gastspiel Ballettmeister H. Jansen

Jackobs u. Solotänzerin Le Castini vom Metropoltheater Berlin in ihren Tanz-Schöpfungen

Vier Geldner

Akrobaten auf rollenden Kugeln vom Admiralspalast Berlin

Eugen Milardo

Tanz- und Gesangs-Meisterhonorist vom Metropolvarieté Berlin

Billet-Vorverkauf bei Gebr. Freyman, 11-1 Uhr an der Theaterkasse.

Im Kabarett Libelle

das neue Kolossalprogramm und die beste aller Stimmungskapellen

Gottmüller

Gummiwaren - Verbandstoffe

Sämtliche Artikel zur Krankenpflege

Lieferungen für Krankenkassen

Sanitätsbedarf G. m. b. H.

Haustor 8 am Postamt

Altst. Graben.

Das Einkommensteuergesetz der Freien Stadt Danzig

vom 29. Dezember 1922

nebst den

Durchführungsbestimmungen über den Abzug vom Arbeitslohn

Herausgegeben im amtlichen Auftrage von Steuerdirektor Busch

- Zurzeit 1000 Mark. -

Buchhandlung Volkswacht

Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32

Herrenanzüge Bautschler

trotz der Teuerung billig und gut auch auf Teilzahlung

Milchkannengasse 15 part.

Geübte Schürzenmäherrinnen Wäschenmäherrinnen

bei höchsten Arbeitslöhnen gesucht. Meldungen mit Probearbeit vormittags.

S. Lewin, 9603, 51. Geißgasse 14/16.

Zwei Bolster

Sucht (9605) Bolster, Langfuhr, Hufarenkaterne 1.

Aufwärterin

1. Tag, mit Essen, gef. Hr. Schwalben, 15a, Geißg.

Sanftkartoffeln

habe noch einige Zentner, auch pfundweise, abzugeben. Schönbau, 16, 1 Tr. 1. (f)

Viele Mill. Mark

auch in kl. Abschnitten auf Hausstand, Wechsel usw. zu vergeben. R. Liedtke, Paradiesgasse 8-9, (9251)

Zwei Legehühner

zu verkaufen. Hausmeister Conrad, Feldstraße 11. (f)

1 grauer Damenmantel, 1 P. sch. Halbschuhe (37) zu verkaufen. (9557) Rähm 19a, 2 Tr. rechts.

Alleinstehender Herr sucht möbliertes Zimmer. Angeb. m. Preis untl. 1371 a. d. Exp. d. Volksstimme. (f)

Berufst. Dame sucht von sofort oder 1. 6. 23 ein möbl. Zimmer. Off. u. V. 1373 an d. Exped. der Volksstimme. (9600)

Genossen, Leser, Bestimmungsfreunde

Geschäfte, die nicht in Eurer Zeitung inserieren, verzichten auf Eure Aufmerksamkeit! Berücksichtigt daher bei Euren Einkäufen nur die

Inserenten der „Danziger Volksstimme“



Ich schwöre auf Blendol

Das beste flüssige Metall-Putzmittel.

Hersteller: 1936 Urdin-Werke G.m.b.H. Danzig, am Troyl. Fernspr. 5305.

Zigarren- und Tabakfabrik B. Schmidt Nachflg. Inhaber: Leonhard Mundt Danzig-Oliva Schefflerstraße 9 = Telefon Nr. 16

Rähmischer Schnupftabak

Fabriklager in Danzig: Carl Conrad vorm. R. Klau Altstädtischer Graben 106 Kujawski, Karthäuser Straße Nr. 113

M. Lietzau & Co.

Getreide, Mehl, Saaten, Oele, Fette, Kolonialwaren, Holzexport
 Telegramm-Adr.: Emlietco **Danzig, Langgasse 42** Telephon 1504, 2098, 6534

Konrad Kaempf & Co. G. m. b. H.

Telephon 591, 1307 - Telegr.-Adr.: „Jutekaempf“

Sack- und Plan-Fabrik

Sackreparaturanstalt : Import und Export von Säcken aller Art : Großes
 Inland- und Transitlager in neuen und gebrauchten Säcken
 Niederlassungen unter Firma „Konrad Kaempf“ in Berlin-Stralaun und Königsberg Pr.

Danziger Glashütte

Aktien-Gesellschaft

Telephon Nr. 277 - **Danzig-Schellmühl** - Telephon Nr. 277

≡ Fabrikation von Flaschen aller Art ≡

Red Star Line and American Line

Generalvertretung für Danzig:

American Travel Office

Melzergasse Nr. 4
 Fernspr. 3647, 5262



Bequemste und schnellste direkte Verbindungen

Antwerpen-New York
Hamburg-New York
Danzig-New York



Filialen: **Riga**, Kaufstr. 1; **Libau**,
 Großstr. 11-13; **Kowno**, Laisves Al3S

Otto Jost

Faß- und Faßholzfabrik

Faß-Großhandlung

Danzig-Neufahrwasser

Fernsprecher Nr. 723
 Drahtanschr. II „Faßfabrik“

Max Steinke G. m. b. H.

:-: **Fischräucherer** :-:
Fisch-Konservenfabrik

Import - Export

Danzig-Neufahrwasser

„Baumigro“

Baumittel-Großhandels-Gesellschaft

Danzig, Hopfengasse 74
 Fernsprecher Nr. 6206 - 6209

führt Dachdeckungsarbeiten aus!

Danziger Industrie u. Großhandel

Geschäftliche Rundschau mit Dauertfahrplan

Musterschutz!

Ohne Gewähr!

(E)

Danziger Fernverkehr

Danzig-Simonsdorf-Tiegenhof und zurück.

07	14	41	74	ab	Danzig	an	1029	703	912	1112
74	24	57	82	an	Darschan	ab	927	602	812	1012
74	30	53	82	ab	"	an	915	546	812	938
81	34	54	84	an	Simonsdorf	ab	905	571	812	915
84	34	62	92	ab	"	an	817	322	711	912
92	42	62	102	ab	Neuteich	ab	738	211	612	812
92	42	62	102	an	Tiegenhof	ab	710	210	512	612

Nebel-Centrale

Aktiengesellschaft

General-Vertreterin von ca. 40
 holländischen Groß-Industrien

Getreide
Saaten :: Kolonialwaren

Agrar-Handels-Gesellschaft

m. b. H.

Danzig, Lastadie 35 b
 Telefon 6661, 5487 u. 1689
 Telegr.-Adr.: Agrarhandel

Getreide, Saaten, Futter- und Düngemittel

„DANCO“

Danziger Konfektionsfabrik G. m. b. H. & Co.

Kommandit-Gesellschaft

Damenmäntel - Kostüme

Danzig, Hopfengasse Nr. 74

Buchhandlung u. Verlag

Volkswacht J. Gehl & Co.

Sozialistische u. Gewerkschafts-
 Literatur, Bücher für Belehrung
 und Unterhaltung.

Rm Spandhaus 6 : **Paradiesgasse 32**

Sally Blumenfeld · Danzig

Hopfengasse 21

Kommission : Export : Import

Häute, Felle, Wolle, Leder in allen Sorten u. Provenienzen

Handelmaatschappij Menten & Stark G. m. b. H.

Stammbank N. V. Handelmaatschappij Menten & Stark, Amsterdam

Telefon 5417 und 5506

Danzig, Gr. Wolfwebergasse 11

Telegr.-Adr.: Mentena

Oele :: Fette :: Kolonialwaren :: Südfrüchte

Aron Katz Söhne * Danzig

Getreide, Saaten, Futtermittel • Spezialität: Kartoffelflocken, Schnittzei u. Mehl

Posen, Alie Marcinkowskiego 5
 Telefon 2144 u. 5145

Danzig, Gr. Wolfwebergasse 24
 Telefon 2311 u. 6562

Berlin, Wichmannstraße 23
 Telefon: Amt Neßendorf 5100 b. 5104

Danziger Zündwaren-Fabrik

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Danzig, Schellmühl

≡ **Hansa-Sicherheits-Zündhölzer :: Flaggen-Hölzer** ≡